

## „Resolution

1. Wenn wir die Probleme der Sozialen Stadt-Gebiete lösen wollen, dürfen wir uns nicht nur auf die prekären Stadtbereiche konzentrieren, sondern müssen bereits den Ursachen von Segregation entgegenwirken. Demnach sind alle Programme der Städtebauförderung in ihrer Wirkung auf den sozialen Ausgleich auszurichten. Nur so kann eine ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik ihrem sozialen Anspruch gerecht werden.
2. Mehr lokale Demokratie wagen: Partizipation ist eine unterschätzte gesellschaftliche Entwicklungsressource! Deshalb gilt es, Bürgerbeteiligung und -aktivierung auch in den anderen Förderprogrammen der Städtebauförderung zu verankern. Es geht darum, möglichst viel Verantwortung direkt an die Menschen in den Stadtteil zu übertragen. Darüber schaffen wir Anlässe für ein aktives Gemeinwesen.
3. Weitere Fachpolitiken sind in den erfolgreichen Ansatz der Sozialen Stadt einzubinden. Es geht um Vernetzung und Kombination mit weiteren Unterstützungssystemen. Deshalb soll die Festlegung nach §171e BauGB – Gebiete der Sozialen Stadt - Voraussetzung von ergänzender fachpolitischer Förderung (von Arbeitsmarkt bis Integration und Bildung) werden.
4. Das Programm Soziale Stadt der Städtebauförderung muss als Leitprogramm mit 150 Mio. € p.a. verlässlich ausgestattet werden.
5. Im Programm Soziale Stadt der Städtebauförderung muss der breite, integrative Förderansatz wieder eingeführt werden, der sowohl investive als auch investitionssichernde, soziointegrative Maßnahmen sinnvoll verknüpft.

Lebenswerte und sozialstrukturell ausgeglichene Städte sind die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die systematischen Mittelkürzung durch die schwarz-gelben Bundesregierung bei der Städtebauförderung insgesamt, aber besonders bei dem Programm "Soziale Stadt" auf nur noch 40 Mio. € entzieht den Städten die Grundlage einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" hat bisher in vielen Stadtteilen einer drohenden Abwärtsspirale entgegenwirken können. Unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführt, lebt die "Soziale Stadt" durch den ganzheitlichen, ressortübergreifenden Ansatz, der städtebauliche Erneuerungen, nachbarschaftliches Miteinander, soziale und ethnische Integration, kulturelle Zusammenarbeit, Gesundheitsprävention, Bildung und den Einstieg in Erwerbstätigkeit integral fördert.

Die "Soziale Stadt" hat sich in der Praxis bewährt. Sie ist eine Erfolgsgeschichte, die ein passendes Model für viele gesellschaftspolitische Herausforderungen darstellt. Herausforderungen, die nur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden zu bewältigen sind. Der Rückzug der schwarz-gelben Bundesregierung aus der "Sozialen Stadt" ist inakzeptabel, falsch. Er lässt die Städte und Gemeinden mit entscheidenden Fragen unserer gesellschaftlichen Zukunft allein.

Der Dreiklang von partizipativ, fachübergreifend und lokal ist das Erfolgsrezept des Berliner Quartiersmanagements. Er gibt die Richtlinien vor, wie die Städtebauförderung zukunftsfähig weiter zu entwickeln ist. Die vorangestellten 5 Schlussfolgerungen setzen dem falschen Kurs der Bundesregierung eine entschiedene Politik entgegen. Sie bilden verlässliche politische Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung und bilden die Grundlage für eine ganzheitliche, auf solidarische Nachbarschaften und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik.“